ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Jahreswirtschaftsbericht - Airbus - Vermögensbildung - EG-Reformen - GATT

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1986) : Kurz kommentiert: Jahreswirtschaftsbericht - Airbus - Vermögensbildung - EG-Reformen - GATT, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 2, pp. 57-58

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/136125

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

KURZ KOMMENTIERT

Jahreswirtschaftsbericht

Schon korrekturbedürftig

Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung zeichnet das Bild eines anhaltenden, weitgehend spannungsfrei verlaufenden wirtschaftlichen Aufschwungs, der trotz seines fortgeschrittenen „Alters" noch keine Ermüdungserscheinungen zeigt. Es wird lediglich durch die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit getrübt. Mit ihrer Prognose für das Jahr 1986 – Wachstum des realen Bruttosozialprodukts um rund 3 %, Zunahme der Beschäftigung um etwa 1 %, Rückgang der Arbeitslosenzahl um etwa 150 000, Verbraucherpreisanstieg von 1½ bis 2 % – bewegt sich die Bundesregierung im Rahmen des schon bekannten Prognosespektrums. Allerdings unterstellt sie eine stärkere Verlagerung der Wachstumskräfte vom Export zur Binnennachfrage als etwa die Wirtschaftsforschungsinstitute oder der Sachverständigenrat. Vor allem schätzt sie die Entwicklung der Bauinvestitionen deutlich optimistischer ein als die meisten anderen Prognostiker.

Obwohl der Jahreswirtschaftsbericht erst im Januar erstellt wurde, hat auch er das heute erkennbare Ausmaß des Preisverfalls auf den Ölmärkten offenbar noch nicht voll berücksichtigt. Es dürfte deshalb, wie bei den anderen, früher abgeschlossenen Prognosen, schon jetzt ein Korrekturbedarf bestehen. Bei der Abschätzung seines Umfangs ist aber einige Vorsicht geboten. Denn einerseits sind alle vorliegenden Prognosen bereits von einem gewissen Rückgang der Ölpreise ausgegangen. Andererseits ist angesichts der anhaltenden Turbulenzen auf den Ölmärkten kaum zu beurteilen, zu welchen Preisen die Masse der Lieferungen gegenwärtig tatsächlich abgerechnet wird und wie sich diese Preise im weiteren Verlauf des Jahres entwickeln werden. ew

Airbus

Faß ohne Boden

Noch sind die Subventionen für die Entwicklung des Airbus A 320 – der deutsche Anteil beläuft sich auf 1,5 Mrd. DM oder 90 % der den beteiligten deutschen Unternehmen entstehenden Gesamtkosten – nicht ganz ausgezahlt, da bereitet die Airbus-Industrie schon einen neuen Griff in die Tasche der europäischen Steuerzahler vor. Diese werden nämlich den Löwenanteil an den Entwicklungskosten für zwei weitere Flugzeugtypen bezahlen müssen, deren Bau der Aufsichtsrat beschlossen hat: das vierstrahlige Langstreckenmodell A 340 und das zweistrahlige Mittel- bis Langstreckenflugzeug A 330.

An den Gesamtkosten in Höhe von 2,5 Mrd. $ wird sich die Bundesregierung aller Voraussicht nach mit 2,5 Mrd. DM beteiligen. Zwar werden die Zahlungen wieder als bedingt rückzahlbare Zuschüsse deklariert. Angesichts der bisherigen Erfahrungen muß jedoch bezweifelt werden, ob die Bedingungen, die die Rückzahlungspflicht begründen, jemals eintreten werden. Wenn man zusätzlich bedenkt, daß dieser Betrag später durch Absatzfinanzierungshilfen und Hilfen bei der Produktionsfinanzierung – hier ist eine Umstellung von Bundesbürgschaften auf zinslose, bedingt rückzahlbare Zuschüsse im Gespräch – noch drastisch erhöht würde, scheint die Frage nach der ökonomischen Ratio einer derart weitgehenden Verlagerung unternehmerischer Risiken auf den Staat angebracht.

Eine Regierung, die mit dem Ziel angetreten ist, „nicht neue Subventionstatbestände einzuführen, sondern bestehende Fehlsteuerungen, Wettbewerbsverzerrungen und Diskriminierungen abzubauen", und die nach eigenem Bekunden im Abbau und der laufenden Kontrolle der Subventionsgewährung eine Daueraufgabe sieht, sollte grundsätzlich prüfen, ob es sich hier nicht um einen jener vielen Fälle handelt, bei denen die Auswahl der zu subventionierenden Aktivität ökonomisch kaum zu begründen ist. wei

Vermögensbildung

Historischer Durchbruch?

Nach fast zweijährigen Beratungen hat sich die Regierungskoalition jetzt über die Fortschreibung des am 1. Januar 1984 in Kraft getretenen vierten Vermögensbildungsgesetzes geeinigt. Bundesarbeitsminister Blüm will diese sogenannte zweite Stufe der Vermögensbildung möglichst noch in der laufenden Legislaturperiode verwirklichen. Die Sozialausschüsse der CDU feiern den ausgehandelten Kompromiß bereits als „historischen Durchbruch" zu einer verstärkten Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und einer sich damit anbahnenden Versöhnung von Kapital und Arbeit.

Die jetzt auf den Weg gebrachte zweite Stufe sieht folgende Elemente vor: Um eine außerbetriebliche Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer zu ermöglichen, sollen auch Anteile an Kapitalbeteiligungsgesellschaften zugelassen werden. Überdies werden GmbH-Geschäftsanteile in den Katalog der geförderten Vermögensbeteiligungen aufgenommen. Weiter soll der Lohnsteuerfreibetrag für in Produktivkapital angelegte Arbeitgeberleistungen von 300 auf 500 DM erhöht werden. Und schließlich sollen der Erwerb von Beteiligungen und die Förderung der Vermögensbildung vereinfacht und erleichtert werden.

Positive Effekte werden vor allem von dem zusätzlichen finanziellen Anreiz und der breiteren Risikostreuung durch außerbetriebliche Beteiligungen, die der geringen Risikoneigung der Arbeitnehmer stärker Rechnung trägt, erhofft. Berücksichtigt man aber, daß die erste Stufe noch keine Schubkraft entwickelt hat – bisher wurden lediglich 10 % der für Prämien bereitgestellten Mittel in Anspruch genommen –, so ist auch im Hinblick auf die Durchschlagskraft der zweiten Stufe Skepsis angebracht, und zwar selbst dann, wenn die Begünstigten besser als bisher über ihre Anlagemöglichkeiten informiert werden. hn

EG-Reformen

Geduldspiel auf dänisch

Das im Dezember 1985 auf Regierungsebene mühsam geschnürte und in seiner Substanz doch eher bescheidene EG-Reformpaket wurde vom dänischen Parlament abgelehnt. Die Kritik entzündete sich daran, daß die anspruchsvollen dänischen Umwelt- und Arbeitsschutzbestimmungen im Zuge der angestrebten Liberalisierung des EG-Binnenmarktes bis 1992 nach unten angepaßt werden könnten. Nach der Brüsseler Zusage, daß Dänemark an seinen Regelungen festhalten könne, konzentriert sich der Widerstand auf den Teil des Paketes, der eine gewisse Erhöhung der Entscheidungseffizienz in der EG und vor allem eine verbesserte Mitwirkung des Europäischen Parlaments mit sich bringen soll. Im Gegensatz zu den anderen Mitgliedstaaten hält Dänemark den damit verbundenen möglichen Souveränitätsverlust – obgleich eng begrenzt – für nicht akzeptabel.

Ein Festhalten am Nein würde wohl den Beginn des dänischen Auszugs aus der EG bedeuten müssen, da sich die anderen Länder vermutlich nicht an der Verwirklichung der Reform hindern lassen; denn ein Scheitern der Ratifizierung der Luxemburger Ergebnisse würde Frustrationen wecken und könnte dazu führen, daß Zusammenarbeit zunehmend außerhalb des EG-Rahmens gesucht wird. Es ist allerdings wahrscheinlich, daß die Dänen durch ihr Referendum, in dem – anders als jetzt – kleinkarierte Parteiinteressenpolitik keine Rolle spielt, doch noch die Zustimmung zum Reformpaket geben. Dafür spricht nicht zuletzt die Tatsache, daß Dänemark durch Sonderregelungen – nicht nur im Agrar- und Fischereisektor – in besonderem Maße von der EG profitiert und, wie es Regierungschef Schlüter formulierte, ein EG-Auszug dem dänischen Wohlstand das Genick brechen würde. kr

GATT

Beitritt der VR China

36 Jahre nach ihrem GATT-Austritt im Jahr 1950 will die VR China die Mitgliedschaft erneut beantragen. Die Beitrittsmotive liegen auf der Hand. Zum einen soll die Mitgliedschaft im GATT Chinas Bemühungen um eine stärkere Integration in die Weltwirtschaft unterstützen, zum anderen ist es für das Land unerläßlich, die Exporte zu steigern, da 1985 – nicht zuletzt infolge der teilweisen Dezentralisierung im Außenhandelsbereich – ein Rekorddefizit in der Handelsbilanz von 7,6 Mrd. Dollar entstanden ist. Die im Falle einer GATT-Mitgliedschaft durch die Meistbegünstigungsklausel zu erlangenden Zoll-Erleichterungen könnten dabei durchaus hilfreich sein.

Allerdings wird sich die gegenseitige Meistbegünstigung nicht so ohne weiteres realisieren lassen. China ist ein sozialistisches Land mit zentraler Planung und Lenkung und mit staatlichem Außenwirtschaftsmonopol. Die Erfahrung hat gezeigt, daß vor allem die westlichen Industrieländer nur dann bereit sind, einem Land, dessen Importe weniger durch ein funktionierendes Zollsystem als vielmehr durch administrative Entscheidungen des Staates bestimmt werden, weitreichende Zollvergünstigungen zu gewähren, wenn im Gegenzug entsprechende Leistungen erwirkt werden können.

Die VR China muß also damit rechnen – wie beispielsweise Rumänien und Polen –, ihren GATT-Partnern regelmäßige Importzuwächse vertraglich zuzugestehen. Derartige Zusagen wiederum haben sich in Krisensituationen als äußerst nachteilig erwiesen: Als Polen und Rumänien infolge ihrer Devisenknappheit ihre Importverpflichtungen gegenüber den GATT-Mitgliedern nicht mehr erfüllen konnten, wurden sie seitens der USA mit dem tatsächlichen bzw. angedrohten Entzug der Meistbegünstigung konfrontiert. pp